

TEIN4citizens – Engaging civil society in cross-border regions for the future of Europe

Was bedeutet es ein/e EU-Bürger/in zu sein?

Menschenrechte, Bürgerrechte, Ansprüche und Verpflichtungen

Welche Menschen- und Bürgerrechte habe ich als EU-Bürger/in? Welche EU-Institutionen oder -Instrumente schützen diese? Und welche Rolle sollte die EU meiner Meinung nach in dieser Hinsicht in Zukunft spielen? Diese Fragen wurden von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, Wissenschaftlern, Bürgern und Vertretern von Regierungen und öffentlichen Einrichtungen auf einer Konferenz in Belfast (Nordirland) am 11.03.2019 diskutiert. Vor dem Hintergrund der laufenden Brexit-Verhandlungen tauschten die Teilnehmenden aus nordirisch-irischen und anderen europäischen Grenzregionen ihre Ideen, Ängste und Vorschläge für die Zukunft Europas aus.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Teilnehmenden angesichts des historischen Kontextes des Nordirland-Konflikts, der mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 endete, der Rolle der EU bei der Unterstützung des Friedensprozesses auf der Insel Irland große Bedeutung beimessen. Daher waren viele Teilnehmende beunruhigt und besorgt darüber, wie ihre Menschen- und Bürgerrechte in Zukunft geschützt werden, sei es als EU- oder Nicht-EU-Bürger, der in der nordirisch-irischen Grenzregion lebt.

1. Schutz von Rechten in einem zukünftigen Europa

In einem zukünftigen Europa, wie es sich die Teilnehmenden der Konferenz vorstellen, werden die Menschen- und Bürgerrechte aller EU-Bürger/innen geachtet. Auf der einen Seite spielen das EU-Recht und die europäischen Institutionen eine entscheidende Rolle beim Schutz dieser Rechte. Der Gerichtshof der Europäischen Union ist durch die Auslegung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union¹ ein wichtiger **Garant für den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, die den europäischen Werten sowie der Friedensförderung in Irland und anderen europäischen Konfliktregionen** zugrunde liegen. Andererseits sind diesbezüglich die Europäische Menschenrechtskonvention² sowie die vom Europarat ausgearbeitete Europäische Sozialcharta³ nützliche Instrumente. Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bei der Entscheidung über mutmaßliche Verletzungen der in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten bürgerlichen und politischen Rechte ist daher fester Bestandteil der Vision der Teilnehmenden des zukünftigen Europas. Die Teilnehmenden betonten jedoch auch, dass die **EU-Institutionen die Umsetzung ihrer Richtlinien und Rechte vor Ort sorgfältig prüfen müssen**.

„Es muss endlich verstanden werden, dass Rechte gleich Frieden bedeuten.“

Auf lokaler Ebene ist das Freizügigkeitsrecht von großer Bedeutung für den Alltag der Menschen. Aus der Sicht der in der nordirisch-irischen Grenzregion lebenden Bürger/innen ist es daher wichtig, das Recht auf Arbeit, Studium und Leben in einem anderen EU-Land zu wahren. Darüber hinaus haben die **EU-Förderprogramme große Auswirkungen auf die irische Grenzregion** gehabt und sind daher für viele Teilnehmende ein Kernelement der Zukunft Europas. Die **Friedensprogramme der EU und ihre grundlegenden Werte waren beispielsweise für den Friedensprozess auf der Insel Irlands von entscheidender Bedeutung**. Die EU sollte daher auch in Zukunft diese Programme unterstützen. Um den Schutz der Bürgerrechte zu gewährleisten, sollte das vorgeschlagene PEACE PLUS Programm jedoch eine

¹ Charta der Grundrechte der Europäischen Union: https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

² Europäische Menschenrechtskonvention: https://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf

³ Europäische Sozialcharta: <https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/rms/090000168007cf92>

spezifische Unterstützung für einen rechtsbasierten Ansatz zur Friedenskonsolidierung beinhalten. Außerdem sollten **Vereine, die sich für die Menschen- und Bürgerrechte einsetzen, eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht sicherzustellen, dass EU-Instrumente und -Rechtsvorschriften umgesetzt werden** und auf die Anwendung eines rechtsbasierten Ansatzes in sozialen und wirtschaftlichen Fragen geachtet wird.

2. Identifizierte Hindernisse

Bei der Diskussion über den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte auf europäischer Ebene wurde die **mangelnde Sichtbarkeit der EU und ihrer Institutionen** als eines der Haupthindernisse bezeichnet. Die Mehrheit der Bevölkerung versteht die Instrumente und Institutionen der EU nicht, und sie weiß nicht, dass die EU die Menschen- und Bürgerrechte ihrer Bürger/innen schützt.

„Die EU ist Garant für unseren Rechtsrahmen.“

Aus lokaler Sicht auf die Zukunft Europas liegt der Schwerpunkt auf den **Brexit-Verhandlungen, die ein Hindernis und je nach Ergebnis eine potenzielle Bedrohung für die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Integration und des Friedensprozesses darstellen**. Die Diskussionen konzentrierten sich daher sehr stark auf die Frage, wie die von der EU und dem Friedensprozess erzielten Erfolge erhalten werden können. Die Teilnehmenden identifizierten den Brexit auch als eine Bedrohung für die Durchsetzung ihrer Rechte als EU-Bürger/innen, insbesondere in Bezug auf die Freizügigkeit, den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen sowie die Arbeitnehmerrechte (z.B. Grenzgänger). Darüber hinaus sind die **Rechte aus dem Karfreitagsabkommen gefährdet**, da die EU möglicherweise nicht mehr ein Garant für den Rahmen der Rechte ist. Die Teilnehmenden äußerten sich auch besorgt darüber, dass das **Vereinigte Königreich die Europäische Sozialcharta nicht unterzeichnet hat**, die in der Republik Irland zum wirksamen Schutz der Menschenrechte genutzt wird.

3. Ideen und Vorschläge für die Zukunft Europas

Die EU-Institutionen sollten benutzerfreundlicher werden. Die Mitglieder des EU-Parlaments sollten auf die Bürger/innen zugehen und über ihre Pläne informieren, so dass die EU sichtbarer wird. Es bedarf mehr Kommunikation, vielleicht in partizipativeren und innovativeren Formen wie z.B. Diskussionsrunden. Um eine größere Anzahl von Bürgern und Bürgerinnen zu erreichen, sollten die EU-Kommission, das Parlament und der Rat mehr Frauen in die Politik einbeziehen. Generell sollte **die Vernetzung von Parlamenten und anderen Gruppen verstärkt werden**.

Die Teilnehmenden äußerten ihre Bedenken hinsichtlich der EU-Außenpolitik. **Ein rechtsbasiertes Konzept der "europäischen Werte" sollte sich in der EU-Außenpolitik widerspiegeln**. Die derzeitigen Überwachungspraktiken an den Außengrenzen der EU schließen Menschen von den europäischen Werten und Rechten aus.

An der Grenze zwischen Nordirland und Irland sollte die **EU den Friedensprozess weiterhin unterstützen, indem sie z.B. dafür sorgt, dass das Karfreitagsabkommen eingehalten wird**. Für einige Teilnehmenden ist es sehr schwierig zu erkennen, wie der Friedens- und Versöhnungsprozess in seiner jetzigen Form außerhalb der EU und ihrer grundlegenden Werte des Friedens fortgesetzt werden kann. Die EU sollte sich auch stark für den „backstop“ und den Schutz der EU-Bürger/innen, die sich in einem Drittland aufhalten, einsetzen.

„Menschen verstehen Rechte durch Probleme wie z.B. Obdachlosigkeit. Wir brauchen ein Toolkit, das Veränderungen fordern, durchführen und messen kann.“

Appendix: Conference Agenda – Belfast, 11 March 2019

9.30am	Begrüßung Ruth Taillon, Director, Centre for Cross Border Studies
9.45am	Konferenzeröffnung Les Allamby, Chief Commissioner, Northern Ireland Human Rights Commission
10.00am	Europäische Perspektiven zur EU-Staatsbürgerschaft Frédérique Berrod, Professor of Public Law, University of Strasbourg
10.20am	Dr Hynek Böhm, Technical University of Liberec
10.40am	Irische Perspektive zur EU-Staatsbürgerschaft Eilis Barry, CEO, FLAC
11.00	Daniel Holder, Deputy Director, CAJ
11.20am	Pause
11.40am	Fallstudie Emma De Souza, Rights & Justice Collective NI
12.00pm	DISKUSSION IN KLEINGRUPPEN
1.00pm	Mittagessen
2.00pm	Lokale Projekte, die europäische Instrumente und Gesetze nutzen Seán Brady, Participation & Practice of Rights Annmarie O’Kane, Border People Dr Claire McCann, Human Rights Consortium
2.40pm	Wie die Menschenrechte die europäischen Werte und die Friedensförderung in Irland und anderen europäischen Konfliktregionen geprägt haben Duncan Morrow, Ulster University
3.10pm	Durch die EU geförderte Friedens- und Menschenrechtsprojekte Michael Culbert, Building Positive Relations Brid McKewon, Crossing Borders Breaking Boundaries Mirjam Bader, Politics Plus- The Next Chapter
3.40pm	DISKUSSION IN KLEINGRUPPEN
4.30pm	Ende

Für weitere Informationen:

<http://crossborder.ie/mean-eu-citizen-human-rights-civic-rights-entitlements-obligations/>

<http://www.transfrontier.eu/tein4citizens/>

 @TEIN4Citizens